

# **SPD-Ratsfraktion Everswinkel**

**zum**

## **Haushalt 2018**

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Fraktionsmitglieder, das zurückliegende Jahr 2017 war besonders geprägt durch verschiedene Wahlen. In Nordrhein-Westfalen kam es zu einem Regierungswechsel und in dessen Folge auch zu erheblichen Veränderungen. Als SPD-Mitglieder müssen wir unter Schwarz-Gelb erneut eine Verschlechterung des sozialen Klimas feststellen, die die Schwächeren benachteiligt: Abschaffung der Mietpreisbremse, Kürzungen bei sozialen Ausgaben und zunächst der beschlossene Ausstieg beim Sozialticket. Nur einem massiven öffentlichen Protest ist es zu verdanken, dass der Minister dies wieder zurücknehmen musste. Die vor der Wahl groß angekündigte Verbesserung der finanziellen Ausstattung für die Kommunen stellt sich erst einmal nicht ein. An der unvollständigen Weiterleitung von Geldern aus Berlin an die Kommunen ändert sich auch weiterhin nichts, auch 2018 bleibt viel Geld einfach in Düsseldorf stecken. Höhere Zuweisungen sind hauptsächlich den insgesamt gestiegenen Gesamtsteuereinnahmen zu verdanken. Höhere Steuereinnahmen führen zu einer größeren Summe die verteilt werden kann. Dieser Prozess basiert nicht auf politischen Entscheidungen, sondern unterliegt lediglich einem Automatismus.

Durch die Erhöhung der Krankenhausabgaben wird unser Haushalt in Everswinkel in der Summe sogar zusätzlich belastet. Bleibt abzuwarten wie der kommunale Finanzausgleich für 2019 gestaltet wird. Wie wir noch sehen werden, hat dies besondere Bedeutung für die Entwicklung vor Ort.

Die zurückliegende Bundestagswahl brachte deutliche Verluste für beide Partner der Großen Koalition. Dies führte dazu, dass ich am Tag der Haushalteinbringung noch davon ausging, heute hier, bezogen auf den Bund, als Vertreter der einzigen Oppositionspartei zu stehen. Überras-

schender Weise haben wir aber seit nunmehr 8 Wochen in Deutschland nur eine geschäftsführende Regierung. Uns allen stehen wohl noch intensive, spannende und wohl auch anstrengende Wochen bevor. Heute starten die Gespräche in Berlin, der Ausgang bleibt abzuwarten.

Auch wenn die populistischen Parteien in Europa nicht die ganz großen Erfolge bei Wahlen feiern konnten, verzeichnen sie weiterhin Zulauf. Dieser Trend zeigte sich 2017 auch in Everswinkel.

An den Anfang meiner Rede möchte ich nun unseren Dank an die unterschiedlichen Gruppen in unserer Gemeinde richten, ohne die unser Gemeinwesen eigentlich nicht denkbar wäre. Ohne Zweifel wurde auch 2017 unser Engagement unmittelbar bei der Unterbringung und Versorgung der ankommenden Flüchtlinge gefordert. In Everswinkel und Alverskirchen ging es auch in diesem Jahr darum, das Zusammenleben mit unseren neuen Mitbürgern positiv zu gestalten und deren Integration voranzubringen. Den neu zu uns Gekommenen sollte eine Teilhabe ermöglicht werden und die verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen bei denen sie einfach mitmachten sind der Beleg für eine positive Entwicklung.

Heute vor einem Jahr geschah das schreckliche Attentat auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin. Trotz dieses und weiterer trauriger Ereignisse mit Toten und Verletzten, verursacht durch fanatische Extremisten, haben die Unterstützer hier nicht daran gezweifelt das Richtige zu tun. Dafür möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei der Vielzahl der Helferinnen und Helfer bedanken.

Im Laufe des Jahres 2017 kamen anerkannte Asylbewerber und Personen im Rahmen des Familiennachzuges zu uns. Erneut waren die Mitarbeiter der Verwaltung die erste Anlaufstelle, um die Ankommenden in Empfang zu nehmen, in der Gemeinde unterzubringen und Kontakte herzustellen. Auch all diesen helfenden Menschen gilt unser besonderer Dank und wir wünschen ihnen für 2018 weiterhin viel Energie und Kraft, denn ohne Sie kann dieses Langzeitprojekt nicht gelingen.

Bereits die letzte Landesregierung hatte beschlossen, dass ab 2017 die Kommunen die entstandenen Kosten für die Flüchtlinge und Asylbewerber exakt abrechnen können. Dies führt aber leider nicht zu einer vollständigen Entlastung. Denn bei abgelehnten Asylbewerbern, die aus ver-

schiedenen nachvollziehbaren Gründen nicht sofort in ihre Heimatländer zurückreisen können und deshalb weiter geduldet sind, werden die Kosten nur für die ersten 3 Monate übernommen. Die weitere Finanzierung wird dann aber zur Aufgabe der beherbergenden Kommunen. Hier bedarf es einer anderen Regelung. Auch für die Personen mit anerkannten Anträgen brauchen wir zusätzliche finanzielle Unterstützung, denn solange die Menschen noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben, erhöhen sie die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Hartz IV Bezug.

Dass viele vom Bund auf die Kommunen übertragene Leistungen nicht oder nicht ausreichend finanziert werden, muss sich ändern. Stattdessen sehen weiterhin etliche CDU-Politiker im unbedingten Festhalten an einer „Schwarzen Null“ den richtigen Weg. Dabei erzielt die Bundesrepublik bereits erhebliche Überschüsse, die zur Entlastung der Kommunen eingesetzt werden sollten, damit diese wieder all ihren Aufgaben gerecht werden können. Außerdem würden die zur Umverteilung anstehenden Mittel auch noch erheblich höher sein, wenn Alle auch ehrlich die Steuern zahlen würden, die sie dem Staat und damit uns allen schulden. Aber die Berichte des letzten Jahres über die Paradise Papers, die Panama Papers oder über die Cum-Ex Geschäfte bei denen dem deutschen Fiskus über 100 Milliarden entzogen wurden, zeigen die Dimensionen der fehlenden Finanzmittel auf. Beteiligt an diesem asozialen Verhalten sind offensichtlich sowohl Lobbyisten, Finanzberater und Banken aus Deutschland, als auch Regierungen aus europäischen Nachbarländern.

Kommen wir nun zum eingebrachten Haushalt für das Jahr 2018.

Auch der dritte vorgelegte Haushalt, des aktuellen Bürgermeisters, enthält keinerlei Ambitionen. Noch weniger Haushalt, geht kaum. Dabei zieht das Szenarium einer Haushaltssicherung immer bedrohlicher am Horizont auf. Im zehnten Jahr in Folge, ist der Haushalt nicht ausgeglichen.

Nichts Neues, nur ein Weiter so. Auch nach zwei Jahren Amtszeit sind keine Impulse durch den Bürgermeister erkennbar. Keine Ideen für die Zukunft und kein Bemühen Ausgaben und Einnahmen in Einklang zu bringen. Es bleibt ein vages Versprechen vielleicht für 2019 einmal über die Einnahmenseite nachzudenken.

Dabei ist es, aufgrund der eigenen Berechnungen der Verwaltung, durchaus realistisch 2018 bereits zum zweiten Mal mehr als 5% der Allgemeinen Rücklage aufzubrechen. In der Prognose für 2017 steht bereits eine Zahl von 6,3%. Für 2018 wurde zunächst 4,6% und nun ca. 4,3% Verbrauch der allgemeinen Rücklage genannt. Dies entspricht einem finanziellen Puffer von nur ca. 200.000 € bis zur 5% Grenze. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass im Haushalt für 2018 keinerlei finanzielle Puffer eingebaut sind. Konkret bedeutet dies, es sind nur die Reparaturen und Instandsetzungen berücksichtigt, die der Verwaltung bereits heute bekannt sind. Ein enormes Risiko, bedenkt man die Entwicklungen der letzten Jahre. Erst recht, wenn die Parteien während der Haushaltsberatungen immer wieder darauf hingewiesen werden, dass viele Gebäude bereits in die Jahre gekommen sind und immer wieder unvorhergesehene Schäden an diesen auftreten. Untermauert wird diese eher düstere Aussicht dadurch, dass die Investitionen der Gemeinde bereits seit mehreren Jahren geringer ausfallen als die Abschreibungen. Dies heißt, dass wir in unserer Gemeinde unsere Reserven verzehren. Wir leben von der Substanz und die nimmt von Jahr zu Jahr ab. Wenn wir nach den Gründen dafür fragen, erhalten wir zunächst immer die Antwort nach den gesunkenen Steuereinnahmen in Everswinkel. In gesamten Bundesgebiet aber steigen die Einnahmen, so auch im Kreis Warendorf. Everswinkel zahlt für 2018 weniger an den Kreis als 2017 da unsere Steuereinnahmen als Berechnungsgrundlage erneut gesunken sind. Trotz dieser Grundlagen geht die Prognose erneut von einer steigenden Gewerbesteuer aus, die mit zusätzlichen 300.000 € für 2018 eingerechnet wurden. Bereits diese Summe ist 1,5 Mal höher als der Puffer von 200.000 €.

Wo liegen nun aber die Gründe dafür, dass unsere Kommune von diesem allgemeinen Trend steigender Steuereinnahmen abgekoppelt ist? Auf diese Frage erhalten wir keine befriedigende Antwort. Betrachten wir also selber die Situation. Auch in 2017 wurden in Everswinkel wieder Geschäfte aufgegeben. Eine Entwicklung, die sich seit vielen Jahren fortsetzt und die zu den sinkenden Steuereinnahmen beiträgt. Zwar füllen sich unsere Gewerbegebiete, aber teilweise handelt es sich hierbei um Verlagerungen innerhalb des Ortes. Sobald aber die Frage nach der weiteren Entwicklung bei Handel, Handwerk und Gewerbe gestellt wird, gibt es kein Konzept. Schlimmer noch, diejenigen, die Fragen stellen, werden

attackiert und ihnen wird schädliches Handeln unterstellt. Dabei wissen wir doch, um die richtigen Entscheidungen zu treffen, muss man zunächst die richtigen Fragen stellen. Nur wer weiß wohin er will kann auch die richtige Richtung einschlagen.

Genau hier verweigern sich CDU und FDP ihrer Verantwortung für die Gestaltung unserer Zukunft. So fordert die SPD seit über einem Jahrzehnt ein Ortsentwicklungskonzept. Dessen Nutzen wird besonders deutlich beim Wohnungsbedarf. Es reicht nämlich nicht aus Baugebiet auf Baugebiet irgendwohin zu legen. Dadurch entstehen für den Gemeindehaushalt hohe Kosten und es führt nicht automatisch zu einer Erhöhung der Einwohnerzahl und steigenden Steuereinnahmen, wie wir auch in diesem Jahr wieder sehen konnten. Für Everswinkel zeigt sich, dass neue Baugebiete die finanzielle Situation belasten. Natürlich werden wir auch in Zukunft Bauplätze benötigen. Die Entscheidung hierfür sollte aber nur nach sorgfältiger Abwägung sämtlicher Folgekosten getroffen werden. Nur so kann abgewogen werden ob und was wir uns leisten können. Sonst wird bald die Belastung für die Gemeinde und damit auch für jeden Einwohner zu groß. Bei Gewerbegebieten wissen wir bereits heute, dass die Investitionen der Kommunen immer höher sind als die Veräußerungsgewinne und ob diese Ausgaben sich über Gewerbesteuererinnahmen rückfinanzieren zeigt immer erst nach vielen Jahren.

Zusätzlich kann eine falsche Baupolitik zu steigendem Leerstand bis hin zur Unverkäuflichkeit bei Bestandsimmobilien führen. Aufgrund eines SPD Antrages haben wir uns zwar im Ausschuss mit diesem Thema beschäftigt und die Verwaltung beauftragt hierzu eine Konferenz zu besuchen. Dort gab es dann aber so viele Informationen, dass der Verwaltung die Auswahl schwer fiel. Nach dem Vortrag eines Referenten über Maßnahmen seiner Kommune wurde über den Bereich Bestandsimmobilien bisher nicht weiter beraten. Auch sucht man im Haushalt für 2018 vergeblich nach einem Ansatz für Konzepte zum Umgang mit Bestandsimmobilien.

Seit Jahren fordert die SPD eine Untersuchung zum Wohnungsbedarf sowohl für Everswinkel als auch für Alverskirchen. Dabei soll es nicht nur um eine verlässliche Anzahl benötigter Wohneinheiten in beiden Ortsteilen gehen. Genauso wichtig wären die Informationen zu der benötigten Größe, Ausstattung und den Standorten für zukünftige Wohnungen. So

wissen wir doch bereits, dass unsere Einwohner älter werden und dadurch barrierefreies Wohnen eine größere Bedeutung erlangen wird. Schon heute fehlt uns ein ausreichendes Angebot preiswerter Wohnungen in diesem Bereich. Dennoch haben CDU und FDP es in diesem Jahr mehrmals abgelehnt bei Bebauungsplänen auch preiswerte Wohneinheiten festzulegen. Auch 2017 wurde erneut über die Erhebung von Daten entschieden. Denn in diesem Jahr stand fest, dass sämtliche Grundstücke im Königskamp II veräußert waren. Dabei hätten diese laut einem zwei Jahre alten Gutachten bis 2030 reichen sollen. Um nun wieder handlungsfähig zu werden, brauchen wir ein neues Wohnbedarfsgutachten für Alverskirchen. Dies wäre die Gelegenheit gewesen ein solches Gutachten für die gesamte Gemeinde zu erstellen. Denn auch in Everswinkel ist das Baugebiet Möllenkamp III inzwischen voll und wir haben keinerlei Informationen über den benötigten quantitativen und qualitativen Bedarf. Unser Vorschlag für ein Gesamtgutachten wurde erneut abgelehnt.

An anderer Stelle konnten wir uns zumindest darauf verständigen, dass die Verwaltung einmal überprüft, welche Möglichkeiten es für die Festlegung zur Schaffung öffentlich geförderten Wohnungsbaus bei Miet- und eigengenutztem Wohnraum gibt. Danach soll dann spätestens 2018 über die Festlegung einer Quote beraten werden. Auch wenn die eigentliche konkrete Entscheidung, wie wir in Everswinkel für die Schaffung von mehr preiswertem Wohnraum sorgen können noch gefällt werden muss, war dies für die SPD ein wichtiger Schritt, wofür wir uns bei allen Beteiligten bedanken möchten.

Wir haben nun bereits die Themenfelder Wohnungsbedarfsermittlung, preiswerter Wohnraum und Bestandsimmobilien gestreift. An dieser Stelle sollten wir uns nun einmal mit dem Integrierten Kommunalen Entwicklungskonzept (IKEK) beschäftigen. Ich kann mich schon gar nicht mehr erinnern wie oft unsere Anträge und Diskussionen zur Ortsentwicklung oder zu Leitbildern für unsere Gemeinde in der Vergangenheit durch CDU und FDP blockiert worden sind. Da jetzt aber deutlich geworden ist, dass wir als Kommune immer seltener Zuschüsse zu geplanten Maßnahmen erhalten können, wenn wir kein Entwicklungskonzept vorweisen können, machen auch wir uns endlich auf den Weg eines zu erstellen. Nun könnte der Betrachter zu der Ansicht gelangen, mit einem solchen

Konzept auch die bereits aufgeworfenen Fragen zum Wohnraumbedarf, sozialem Wohnungsbau und Bestandsimmobilien zu bearbeiten. Bei der ersten Präsentation zum Ablaufplan zu einem Kommunalen Entwicklungskonzept haben wir genau diese Frage gestellt. Die Referenten waren hierzu eher ablehnend und glauben das Entwicklungskonzept könne die Beantwortung solcher Fragen nicht leisten. Bleibt abzuwarten was dann erarbeitet werden soll! Die Einschätzung des Bürgermeisters zur Bedeutung dieses Entwicklungskonzeptes zeigt sich bereits bei seiner Zeitplanung für die Suche nach zukünftigen Gewerbe- und Baugebieten. Statt erst einmal die Ergebnisse der Konzepterarbeitung abzuwarten, möchte er lieber schon vorher loslegen. Dann sollten wir aber nicht 80.000 € für das IKEK investieren. Dieses Konzept sollte nicht nur dazu benutzt werden um Fördertöpfe anzuzapfen. Wir hoffen sehr, dass bei der Erarbeitung eines zukunftsweisenden Konzeptes sich viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen werden. Und das Resultat sollte anschließend die Grundlage bei den zukünftig zu treffenden Entscheidungen für unsere Kommune sein.

Bereits das zehnte Jahr in Folge wird es in Everswinkel ein Haushaltsdefizit geben. In den 8 Jahren von 2009 bis 2016 summierten sich die Defizite auf ca. 4,8 Mio. Euro. So werden in 10 Jahren 7,5 Mio € Defizit erreicht.

Wir werden auch 2018 mehr ausgeben, als wir einnehmen. Prognostiziert wird für das kommende Jahr ein Defizit von über 1 Mio. €. Für das laufende Jahr wird ein Fehlbetrag von ca. 1,6 Mio. € prognostiziert. Wer hat dies verursacht? Während der Bürgermeister vor einem Jahr noch das Land NRW als Hauptverursacher ausmachte, ist er hier nun zurückhaltender mit der Zuweisung von Verantwortlichkeiten. Der Wahlkampf ist schließlich auch vorerst vorbei. Seit Jahren fordern wir ein, genau zu analysieren wodurch die seit 2009 wiederkehrenden Defizite verursacht werden. Eine Analyse hierzu erfolgte nicht, da die Verursacher ja immer irgendwo anders ausgemacht wurden.

Es wurden praktisch keine Puffer eingebaut. Erfolgt die Überschreitung der 5% Grenze in zwei aufeinander folgenden Jahren, führt dies in die Haushaltssicherung. Dem Rat bleiben dann kaum noch Entscheidungs-

spielräume. Vor dem Hintergrund dieses Szenarios hält die SPD es für geboten die Ausgaben- und Einnahmenseite genau zu betrachten.

## 1. Ausgabenseite

Hier sind für 2018 fast nur Pflichtausgaben verzeichnet. Die Investitionen liegen bereits deutlich unter den bilanziellen Abschreibungen. Will man hier das Eigentum der Gemeinde in der Substanz erhalten, hat man, anders als in zurückliegenden Jahren, keine Einsparmöglichkeiten mehr. Schon heute leben wir hier von der Substanz. Daher können wir uns vorerst keine Investitionen in weitere Infrastruktur, wie z.B. Sportanlagen leisten. Mittlerweile überfordert bereits der Erhalt der vorhandenen Infrastruktur die Gemeinde. Durch die Entscheidungen der Vergangenheit mit ständigen Investitionen in neue Infrastruktur wurden die Weichen falsch gestellt. Dies bescherte der Gemeinde dauerhafte Folgekosten bei Betrieb, Unterhaltung, Instandhaltung und Abschreibung. Kosten die sich nicht mehr korrigieren lassen. Wie groß die Verzweiflung darüber bei einigen ist, lässt sich erahnen wenn die FDP über die Zukunft des Vitusbades nachdachte, oder andere im Verkauf von Immobilien die Lösung sehen.

## 2. Einnahmenseite

Die Höhe der Hebesätze kann von der Gemeinde sowohl für die Gewerbe- als auch die Grundsteuer selbst festgelegt werden. Dabei ist es eine der wenigen Möglichkeiten eine gerechte und gleichmäßige Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Beim Vergleich der Grundsteuersätze der Kommunen im Kreis Warendorf stellt man fest, dass andernorts viele Sätze zum Teil deutlich höher sind. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Situation mit einem sehr geringen finanziellen Spielraum und kaum eingeplanten zusätzlichen Risiken hat sich die SPD die Frage gestellt, ob eine maßvolle höhere Anpassung nicht angezeigt gewesen wäre, um eine drohende Handlungsunfähigkeit zu verhindern. Der Bürgermeister hat bei seiner Haushalseinbringung eine solche Anhebung frühestens für 2019 in Erwägung gezogen. Zunächst soll 2018 noch abgewartet werden. Dabei überwiegt die Hoffnung durch etwaige höhere Steuereinnahmen oder eine erhöhte Durchleitung von Geldern aus Düsseldorf ein verbessertes Ergebnis erzielen zu können. In Vorge-



sprächen mit den Parteien wurde klar, dass auch dort zunächst auf diese Hoffnung gesetzt wird. Absolut unrealistisch war für uns die Vorstellung im Falle einer Verschlechterung, Investitionen weiter zu verschieben. Genau dies haben wir bereits mehrfach in den zurückliegenden Jahren getan. Nun kommen wir aber immer mehr an den Punkt, wo dies wegen der Dringlichkeit der Maßnahmen unmöglich wird. Übrigens sollten sich Hoffnungen auf zusätzlichen Einnahmen tatsächlich erfüllen, hätten wir Erhöhungen der Hebesätze im Folgejahr auch problemlos wieder zurücknehmen können.

Vor unserem Resümee möchten wir uns noch bedanken. Neben dem bereits gewürdigten Bereich für die Unterstützung von Flüchtlingen und Asylsuchenden gibt es eine große Zahl engagierten ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in unserer Gemeinde. Diese sind aktiv in unzähligen Vereinen, Verbänden, Organisationen, Selbsthilfegruppen und Initiativen oder als Gruppen und Einzelpersonen ohne Organisation im Hintergrund. Allen gemein ist der Wunsch zu helfen und diesen Ort ein bisschen besser zu machen. Allen gilt unser besonderer Dank und wir wünschen ihnen, dass sie bei Ihren Aktivitäten auch selber Freude und Wertschätzung erfahren.

Auch den Mitarbeitern der Gemeinde möchten wir an dieser Stelle Danken. Wir wissen, dass dies ein sehr arbeitsreiches Jahr für Sie war und mancher weit mehr geleistet hat, als wir erwarten durften. Ihnen wünschen wir, dass 2018 wieder ruhiger verlaufen wird.

Die Kämmerei musste quasi bis zur letzten Minute noch Veränderungen ins Zahlenwerk einarbeiten. Danke möchten wir besonders Frau Nerkamp sagen, für die der erneute intensive Einsatz überraschend kam. Dennoch hat sie beim Besuch in unserer Fraktion versucht all unsere Fragen zu beantworten. Ihnen Frau Nerkamp für ihren Einsatz ein besonderes Dankeschön.

Nun bleibt noch ein letztes Danke an eine besondere Person des heutigen Abends. Wir haben hier heute letztmalig Frau Pottebaum in Ihrer Funktion als Leiterin des Hauptamtes und allgemeine Vertreterin des Bürgermeisters zu Gast. Es ist eine lange gemeinsame Zeit die wir hier miteinander verbraucht haben. Es war oft Routine, aber manchmal auch spannend und aufregend. Wir haben es Ihnen sicherlich nicht immer

leicht gemacht, aber wer kann das schon. Sollten wir Ihnen irgendwann Unrecht getan haben, möchten wir uns dafür entschuldigen. Bitte behalten Sie uns in guter Erinnerung. Nutzen Sie die neu gewonnene Zeit nach Ihren Vorstellungen und machen sie das, was Sie sich vorgenommen haben. Wir wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Zukunft.

Abschließend möchte zu diesem Haushalt festhalten: Erneut werden keine Prioritäten gesetzt, die Ausgaben sind inzwischen fast auf einem Minimum angelangt. Die Einnahmen werden nicht zukunftsweisend optimiert und es zeigen sich keinerlei Impulse für die Gestaltung der Zukunft unserer Gemeinde. Es wird lediglich auf das Prinzip Hoffnung gesetzt. Als der Bürgermeister sein Amt 2015 antrat sprach er von einem gut bestellten Feld. Seither heißt in seinen Haushalteinbringungen immer wieder: „Der Haushalt ist auf Kante genäht“. Wir beobachten immer mehr, dass das bestellte Feld immer stärker unter einer anhaltenden Dürre leidet. Beim Haushalt für 2018 hätten wir uns gewünscht, dass alle Parteien dem Risiko einer Haushaltsicherung aktiver entgegengetreten wären. Hoffnung alleine ist uns da zu wenig. Die SPD kann daher dem Haushaltsentwurf für 2018 nicht zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

